



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

δ.: Aus dem Elsaß.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

Verzicht also, das ganze Gemeindewesen in den Provinzen Rheinland und Hessen-Nassau sofort umzugestalten, sowie über den Verzicht auf den sofortigen Erlass einer Landgemeindeordnung und einer neuen Städteordnung für die östlichen Provinzen stellt man sich, oder ist man in einem Theil des liberalen Lagers sehr betroffen. Und doch werden schon die jetzigen Vorlagen eine Ausdehnung der Session bis Ende Juni nöthig machen. Diese Klagen bald über zuviel Arbeit, bald darüber, daß Rom noch nicht fertig ist, sind in der That recht unverständlich, ja aus dem Munde verständiger Leute ganz unbegreiflich. Man begründet die letztere Klage auf die Besorgniß, daß das Eisen kalt werden könne, wenn es es nicht aufs allerschnellste geschmiedet werde. Wenn aber der Aufbau des deutschen Nationalstaates nach außen und innen von der Gunst eines einzigen Tages abhinge, so wäre er ein hoffnungsloses Werk. Die Aeußerungen dieser Sorge sind aber kaum ernsthaft zu nehmen. Wir unsererseits wünschen gleichmäßig der Regierung, den preußischen Staatsbürgern und selbst den unzufriedenen Parlamentariern Glück dazu, daß die preußische Staatsregierung stark und besonnen genug ist von einem nothwendigen Werk eine Haast fern zu halten, welche keine andere Folge haben könnte als die, die athemlosen Arbeiter unter dem einstürzenden Bau zu begraben.

C—r.

## Aus dem Elsaß.

Mitte Januar 1875.

In den letzten Wochen ist von elsass-lothringischen Dingen in den Tagesblättern viel die Rede gewesen von dem sauren Complimente an, welches Herr Abbé Gerber im Reichstag dem Fürsten Bismarck gelegentlich der Verordnung über die Gerichtssprache machte, bis zu der Kapuzinade des Herrn Abbé Winterer gegen das deutsche Unterrichtsgesetz. Das Urtheil über diese Vorgänge war in allen nationalen Kreisen so einstimmig, daß der Tagesstaub, welcher dadurch aufgeweht wurde, sich längst wieder gelegt hatte, ehe ich dazu kam, ihn für die Leser dieser Wochenschrift noch durch einige besondere kritische Windstöße in die Luft zu blasen. Durfte ich aber damals über Angelegenheiten, welche in den Tagesblättern hinreichend besprochen waren, in den „Grenzboten“ schweigen, ohne daß man eine sonderliche Lücke empfunden haben wird, so wird es mir heute um so mehr gestattet sein, nicht mehr auf diese alten Geschichten zurückzukommen.

Ich beginne deshalb sofort mit Einigem aus der jüngsten Vergangenheit und zwar mit einem Einzelereigniß, welches mit der Debatte im Reichstag bezw. der betr. Commission über das elsass-lothringische Budget in einem gewissen Zusammenhang steht. Die einzelnen Posten dieser Budgets sind von der unabhängigen einheimischen Presse, namentlich vom Mülhäufer „Industriell Alsacien“ einer vielfach tadelnden Prüfung unterzogen worden. Dem genannten Blatt war es besonders ein Hauptvergnügen, durch Nebeneinanderstellung der alten Departementbudgets aus der französischen Zeit und des jetzigen Landesbudgets in die Augen springend darzuthun, wie sehr viel theurer die deutsche Verwaltung sei. Dieß ist richtig, aber davon, daß Deutschland den Verhältnissen nach, welche die Heranziehung nichtelsässischer Beamten erforderten, die nur um gute Besoldung zu haben waren, da die einheimischen Elemente mit verschwindenden Ausnahmen den Dienst versagten, dazu gezwungen war, — von dieser dura necessitas schwieg das Mülhäufer Blatt. Trotzdem, und da wirklich mit der Zeit Ersparnisse in der Verwaltung gemacht werden können, wurde in der betr. Reichstagscommission die Frage erörtert, ob nicht eines der drei Bezirkspräsidien oder zwei oder alle drei aufgehoben werden

könnten, um dann das Land allein durch das entsprechend verstärkte Oberpräsidium verwalten zu lassen. (Das Oberpräsidium steht im Budget für 1875 mit 504,075 M., die drei Bezirkspräsidien mit zusammen 559,350 M.) Da verlautete unlängst, der Bezirkspräsident von Oberelsaß, Herr von der Heydt, ein Sohn des weiland preussischen Finanzministers, habe, was sich auch bestätigte, auf den kommenden 1. März seine Entlassung eingereicht. Als bald entstand, wie von selbst, die Frage, ob das nicht eine günstige Gelegenheit sei, das vorgeschlagene Experiment wenigstens mit der Aufhebung dieses einen Bezirkspräsidiums zu machen, dem dann über kurz oder lang das unterelsässische folgen könne. In einer Korrespondenz der Kölner Zeitung verdrängte sich dieser Gedanke sofort zum feststehenden Plan, eine abwehrende Note der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ folgte rasch, aber doch nicht rasch genug, um die lautesten Weherufe der oberelsässischen Blätter zu ersticken. Den Meigen begann der „Sammler des Oberrheins“ (Gleanur du Haut-Rhin), ein seit kurzem erst erstandenes Wochenblatt. In einem wahrhaft ergreifenden Artikel wurde da ausgeführt, daß Colmar eine ruinierte Stadt wäre, wenn ihm das Bezirkspräsidium genommen würde. Denn — der reine Causalnexus der Verzeißlung! — es werde dann sicher auch das Appellationsgericht fort kommen und Colmar zum Landstädtchen, ja zum Dorfe herabsinken. Dann folgte in der nächsten Nummer eine Lobpreisung des bisherigen Herrn Bezirkspräsidenten, die derselbe allerdings im reichen Maße verdient, die ihm aber in solchem aus elsässischer Feder gewiß noch nicht gesendet worden ist. Dieser ausgezeichnete Beamte, war da zu lesen, habe sich lediglich überarbeitet, so viel habe er als Bezirkspräsident zu thun gehabt, und es sei notorisch, daß er immer schon in der Frühe um 4 oder 5 Uhr aufgestanden, nur um die Last seines Amtes zu bewältigen. Nicht lange, so kam auch der „Industriel“ und bewies, diesmal ohne Zahlen, daß Ober- und Unterelsässer zwei ganz verschiedene Nationen seien, jene lebten von der Industrie, diese vom Ackerbau; wenn also das Oberelsaß vom Unterelsaß annektirt werde, so würden die Interessen der oberelsässischen Industrie leiden. Sparen und sparen, sei zweierlei, es müsse am rechten Ort geschehen und Colmar sei eben gewiß nicht der rechte Ort. Daß genau dasselbe auch jedes Kreisstädtchen sagen würde, dem man seinen Kreisdirektor nehmen wollte, scheint der „Industriel“ nicht bedacht zu haben. Dagegen hat er völlig Recht, wenn er sagt, jedenfalls dürfe solch eine Aenderung, welche die ganze Verwaltungsmaschine berühre und z. B. auch die Auflösung des oberelsässischen Bezirkstags nach sich ziehen müsse, nicht durch einen Federstrich am grünen Tische angeordnet werden. Es sei vielmehr erforderlich, den Landesausschuß, der ja über kurz oder lang einberufen werde, hierüber zu fragen, nur wenn dieser die Verantwortung auf sich nehme, könne die Regierung mit gutem Gewissen in dieser Sache vorgehen, wenn sie es — überhaupt wolle. Ob sie das noch will, nachdem der absichtlich oder unabsichtlich ausgefleckte Fühler in der Kölner Zeitung solche Schmerzensschreie hervorgerufen hat, dürfte fraglich sein. Daß sie es aber gewollt hat, daß in dieser Angelegenheit ein Meinungsaustrausch zwischen Straßburg und Berlin stattgefunden hat, halte ich für sehr wahrscheinlich. Jedenfalls könnte eine Vorlage an den Landesausschuß nichts schaden, denn durchführbar ist die Aenderung und Ersparnisse würden dadurch auch erzielt. Will der Landesausschuß nichts davon wissen, so hat man wenigstens den guten Willen der Regierung gesehen und einen Grund weniger zum Ratsonnieren.

In Straßburg bildet natürlich der dem Bundesrath vorgelegte Gesekentwurf über die Erweiterung der Stadtumwallung das Tagesgespräch. Der Entwurf selbst ist in den Zeitungen bereits mitgetheilt. Ich habe also nicht nöthig, ihn hier wörtlich wiederzugeben. Das Gebiet, welches in die neue

Umwallung hereingezogen werden soll, ist genau so umfangreich, als es sich bisher die kühnste, oft belächelte Phantasie unserer Bauspeculanten ausgemalt hat. Es ist mindestens eben so groß als dasjenige, welches die heutige Stadt einnimmt. Von den 20 Mill. Mark, welche für die Erweiterung verwendet werden sollen, sind 3 Millionen bereits durch ein Gesetz vom 8. Juli 1872 bewilligt, die übrigen 17 Millionen sollen bei ausgedehnten Zahlungssterminen von der Stadt übernommen werden, die dann ihrerseits wieder der Eisenbahn, dem Reich (Militärfiscus) und dem Lande das von diesen für Bahnhofsbau, Militärgebäude und Universität, Hafenanlage u. c. benötigte Gebiet verkaufen soll. Jedenfalls dürfte dieser Modus der Ueberlassung des Geschäftes an Private, oder eine bezw. mehrere Aktiengesellschaften vorzuziehen sein. Es fehlt bereits nicht an Stimmen, welche ängstlich von der ungeheuren Last reden, welche dadurch der Stadt für die Zukunft auferlegt werde, und die Uebelwollenden sind natürlich sofort bereit, von einem neuen „Bombardements-schaden“ zu reden, der ärger sein werde als der wirkliche von 1870, da es für ihn keine Entschädigung aus den Milliarden gebe. Aber der umsichtige Verwaltungsbeamte, welcher an der Spitze der Stadt steht und dem die Elsässer selbst nachrühmen, daß er sein Amt musterhaft versee, für einen Deutschen und noch dazu einen Polizeidirektor sogar unbegreiflich musterhaft, Herr Bürgermeister-Verwalter Bock also ist gutes Muthes und hegt die Ueberzeugung, daß die Stadt dieser Last gewachsen sei, ja schließlich noch ein gutes Geschäft dabei machen werde. Er will sich übrigens dieser Tage noch einmal nach Berlin begeben, hauptsächlich, um die Einzelheiten des Vertrags mit der Stadt in deren bestem Interesse durchzusetzen und in dieser Hinsicht Führung mit den Mitgliedern der Commission zu gewinnen, welche der Reichstag, sobald der Gesetzentwurf aus dem Bundesrath an ihn gelangt ist, ohne Zweifel behufs Vorberathung der Vorlage erwählen wird. Er und alle, die mit ihm der Meinung sind, daß Straßburg eine Zukunft hat, welche ein Opfer für die Gegenwart rechtfertigt, gehen dabei aber von der Hoffnung aus, daß dann auch mit der Herstellung eines Kanals von hier nach Ludwigshafen Ernst gemacht bezw. der Gedanke aufgegeben wird, aus dem Oberhein eine den Eisenbahnen gegenüber konkurrenzfähige Wasserstraße zu erzwingen. Auch darf man ja wohl das Wort „Hafenanlage“, welches in den Motiven vorkommen soll, — man kennt heute den Wortlaut derselben hier noch nicht! — in diesem Sinne deuten.

Was die politische Stimmung der Elsässer anlangt, so ist in der letzten Zeit eine steigende Besorgniß vor dem Wiederaufstehen des Kaiserthums in Frankreich bemerklich. Beim Plebisit hat man zwar in hellen Haufen für Badinguet gestimmt, seit der Annexion aber, deren Schuld man allein dem Kaiserreich zumißt, ist der Haß gegen die Napoleoniden Modesache geworden. Jedenfalls würde eine imperialistische Restauration in Frankreich hier sehr viele Gemüther von Frankreich abwenden. Im Gefühl dieser Gefahr hat denn auch der französische Abgeordnete für Belfort, Herr Scheurer-Kestner, ein geborner Elsässer, leztthin im „Industriel“ einen Artikel veröffentlicht, worin er diese Besorgniß, die ihm während eines kurzen Aufenthalts im Elsaß sehr oft und lebhaft entgegengetreten sei, für ganz unnöthig erklärt. Er und seine republikanischen Freunde könnten die Elsässer gar nicht begreifen, eine imperialistische und — clerikale (!) Restauration sei schlechterdings undenkbar. Ich habe wohl kaum nöthig, hinzuzufügen, daß nur wenige Elsässer für die kurzen Beine dieses — Trostes blind sind. Man nennt Herrn Kestner bereits den Vogel Strauß. Warum, bedarf keiner Erläuterung! J.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Hans Blum in Leipzig.

Verlag von F. V. Herbig in Leipzig. — Druck von Hühnel & Herrmann in Leipzig.